



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 28.10.2021

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 4. November 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
--

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Sachstand Salzachtalbrücke

3. 21-F-22-0025

Entlastung besonders ausgelasteter Buslinien in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 27.10.2021 -

Im Rahmen der Sperrung der Salzbachtalbrücke wurde deutlich, dass ESWE Verkehr mit der Expressbuslinie 928 kurzfristig stark belastete Linienabschnitte (hier Wiesbaden HBF - Kastel Bahnhof) durch zusätzliche Fahrten entlasten kann. Ein solches Vorgehen erscheint auch für andere besonders belastete Linienabschnitte - etwa zwischen Hauptbahnhof und Wilhelmstraße/Dernsches Gelände - durchaus sinnvoll.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. besonders belastete Linienabschnitte der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH zu identifizieren und diese dem Ausschuss für Mobilität vorzustellen.
2. eine entsprechende Planung zur Entlastung der Linien vorzulegen und eine Kostenberechnung - etwa für Verstärkerfahrten zu den besonders belasteten Zeiten - auszuarbeiten.

4. 21-F-63-0015

Ein flächendeckendes CarSharing-Netz vorbereiten
-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, Linke und Volt vom 27.10.2021 -

Am 30. September 2021 wurden im Hessischen Landtag die Grundlagen für einen weiteren Ausbau des CarSharing-Netzwerkes gelegt - die Kommunen können nun auch Stellplätze für CarSharing an kommunalen Straßen sowie an Kreisstraßen ausweisen.

Dass stationsgebundenes CarSharing zu einer Entlastung des öffentlichen Verkehrsraumes führt, ist seitens des Umweltbundesamtes hinlänglich beobachtet und untersucht. Besonders für Fahrerinnen und Fahrer, die ihren Erst- oder gar Zweit-PKW nur gelegentlich nutzen, stellen stationsgebundene Carsharingfahrzeuge attraktive Alternativen zum Privatfahrzeug dar. Je nach örtlichen Verhältnissen kann ein stationsgebundenes CarSharing-Fahrzeug langfristig zwischen drei und zehn Privat-PKW ersetzen. Das spart nicht nur Raum, sondern auch Ressourcen: Da die durchschnittlichen Carsharingfahrzeuge nicht nur kleiner, sondern auch jünger sind als Privat-PKW, emittieren sie pro gefahrenen Kilometer im Schnitt auch ein Sechstel weniger CO₂. Um das stetige Wachstum des ohnehin überdurchschnittlichen PKW-Bestandes in Wiesbaden zu bremsen, ist auch ein konsequenter Ausbau des CarSharing-Angebotes notwendig. Das gilt für die dichtbesiedelten Innenstadtbezirke und für alle anderen Stadtteile gleichermaßen.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. attraktive und geeignete Standorte zu identifizieren, um ein flächendeckendes CarSharing-Netz im gesamten Stadtgebiet zu ermöglichen. Mit dem Ziel einer möglichst sinnvollen Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes soll sich die angestrebte Netzdichte dabei idealerweise an den Erreichbarkeitskriterien für Bushaltestellen im geltenden Nahverkehrsplan orientieren.
2. diese den CarSharing-Anbietern vorzulegen, um das Wachstum des CarSharing-Netzes in Wiesbaden zu beschleunigen. Der Ausbau der Elektromobilität soll dabei angemessen berücksichtigt werden.

3. ein Konzept für Kombi-Tarife nach Augsburger Vorbild zu erstellen, welches die Buchung eines Komplettpakets aus ÖPNV-Flatrate, einem CarSharing-Stundenkontingent und optional weiterer Sharing-Angebote aus dem Mobilitätsbereich ermöglicht.

5. 21-F-83-0001

Zustand der Wiesbadener Brücken

- Antrag der Fraktionen SPD, Linke und Volt vom 27.10.2021 -

Ende September 2021 stellte die Autobahn GmbH die Gutachten zur Ursache des Versagens der Salzachtalbrücke vor. Als finaler Auslöser sei die Hitze identifiziert, durch die das Widerlager versagt hätte - so die Presseberichte. Die Gutachten sind nach wie vor unter Verschluss. In neuerlichen Presseberichten werden Fragen zum Unglückshergang wieder offener beantwortet; die Autobahn GmbH spricht nunmehr von einer Verkettung von Ursachen. Auch wenn die Verantwortung für viele Brücken nicht in kommunaler Hand liegt, so ist es doch die Stadt Wiesbaden, die die verkehrlichen Folgen von Brückenproblemen zu stemmen hat.

Der Mobilitätsausschuss wolle beschließen:

Wir bitten den Magistrat, zu berichten:

1. Wann hat die letzte Hauptprüfung der südlichen Salzachtalbrücke stattgefunden und hat diese Anzeichen für Probleme mit den Brückenwiderlagern geliefert?
2. Welche anderen Brücken innerhalb der Wiesbadener Gemarkung haben in ihrer letzten Hauptprüfung signifikante Mängel aufgezeigt und dadurch einen nur ausreichenden Zustand (oder schlechter) attestiert bekommen?

6. 21-F-22-0024

S-Bahn-Halt in Kostheim

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 27.10.2021 -

Die S-Bahnstrecke an Rhein und Main entlang durch die AKK-Stadtteile ist eine wichtige Verbindung vom Wiesbadener Hauptbahnhof zum Frankfurter Hauptbahnhof. Aufgrund der Notwendigkeit der Verbesserung bestehender Schienenverbindung von und nach Wiesbaden, erscheint es sinnvoll bereits vergangene Initiativen zu einem weiteren Haltepunkt und zur generellen Verbesserung der genannten Schienenverbindung aufzugreifen. So hat sich der Ortsbeirat Kostheim bereits mehrfach mit der Thematik eines weiteren Haltepunktes an der Strecke im Kostheimer Bereich beschäftigt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Planungen für einen Haltepunkt Mainz-Kostheim an der genannten S-Bahn-Strecke existieren bereits auf Seiten des Magistrats?
2. Wie schätzt der Magistrat die Realisierbarkeit eines solchen weiteren Haltepunktes ein?
3. Welche Erkenntnisse hat der Magistrat zu einem solchen Haltepunkt und generell zur Nutzung der genannten Strecke im Rahmen einer zukünftigen regionalen Nahverkehrsplanung?

7. 21-F-14-0005

Anbindung von Delkenheim an die Buslinie 37
- Antrag der Fraktion Volt vom 27.10.2021 -

In der aktuellen Diskussion um den ÖPNV muss insbesondere der Fokus auf den Wiesbadener Osten gerichtet werden. Neben Planung und Realisierung von neuen Tangenten gilt es überdies auf bestehende Ressourcen zurück zu greifen und vorhandenes Potenzial zu optimieren.

Die Linie 37 bedient aktuell Nordenstadt, Erbenheim, Igstadt, Bierstadt, Hauptbahnhof bis hin zur Wielandstraße. Delkenheim könnte allein von der Anordnung der Stadtteile in Bezug auf die Streckenführung der Linie 37 mit in deren Linienplan eingebunden werden.

Die Anbindung Delkenheims an die Linie 37 würde enorme Vorteile für die Bürger*innen darstellen. Insbesondere für die zahlreichen Schüler*innen der Theodor-Fliedner-Schule, des Gymnasiums am Mosbacher Berg sowie der Hermann-Ehlers-Schule.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten, wie Delkenheim in die Linienführung der Linie 37 integriert werden kann
2. Dabei sollen die folgenden Aspekte berücksichtigt werden:
 - a. Bestehende Haltestellen im Wohnbereich Delkenheims sollen bedient werden
 - b. Attraktive Taktungen für Zeiten vor Schulbeginn und nach Schulschluss

8. 21-F-55-0047

Mehr Fahrradständer in der Innenstadt
- Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 27.10.2021 -

Diverse Male wurde schon festgestellt, dass immer mehr Menschen den Weg mit dem Fahrrad in die Stadt finden.

Für die steigende Menge Fahrräder in der Stadt ist jedoch immer wieder zu wenig Platz. Sowohl am Rathaus, am Dernschen Gelände, aber auch für Mitarbeiter*innen der Stadt im Hof des Rathauses, gibt es zu wenig Abstellmöglichkeiten für Fahrräder.

Daher wolle der Ausschuss beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

1. Wo kurzfristig für ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder in der Innenstadt gesorgt werden kann.

9. 21-F-10-0015

Sachstand der Umsetzung und Evaluierung der Wirksamkeit von DIGI-V
- Antrag der AfD-Fraktion vom 27.10.2021 -

Zweck des DIGI-V-Projektes war es unter anderem, den Verkehr durch eine digitale Verkehrssteuerung schneller und emissionsärmer durch die Stadt zu leiten.

Der Ausschuss möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

- I. Der Magistrat möge berichten,
 1. wie der Sachstand bei der Umsetzung des Projekts aktuell ist.
 2. wann mit einer Fertigstellung zu rechnen ist.
 3. ob und in welchem Umfang sich die ursprünglich angesetzten Kosten erhöht haben und mit welchen zusätzlichen Kosten bis zur Fertigstellung zu rechnen ist.
 4. ob sich zwischenzeitlich Änderungen an dem Projekt ergeben haben und falls ja, warum und welche.
- II. Nach Fertigstellung und vor der Abnahme der digitalen Verkehrssteuerung DIGI-V sollen von einer unabhängigen Stelle ausführlich verschiedene Schaltungen im gesamten Stadtgebiet durchgetestet werden. Die Ergebnisse, insbesondere zu den Fließgeschwindigkeiten des Verkehrs sowie den Emissionswerten, sollen den Stadtverordneten zeitnah vollständig sowie anschaulich aufbereitet zur Kenntnis gegeben werden, um eine Prüfung zu ermöglichen, ob und inwieweit DIGI-V dem ursprünglich angedachten Zweck gerecht wird.

10. 21-F-16-0006

Brandschutzkonzept der ESWE
- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 19.10.2021 -

In einem Bericht des WK vom 14.10.2021 über den Betriebshof der ESWE erklärt der Sprecher der ESWE ein Löschvorhang sei bereits installiert und ein ausreichender Wasservorrat vorhanden. Aktuell werde eine Brandmeldeanlage für den Busport umgesetzt. Andere Quellen dagegen berichten, dass der genannte Löschvorhang auf dem Betriebshof noch nicht vorhanden sei, sondern nur geplant.

In einer Mail vom 14.10.2021 schreibt ein langjährig beschäftigter Busfahrer zur Aussage des ESWE Sprechers bezüglich Löschvorhang und Löschwasser: „Das trifft nicht zu! Möglicherweise sind diese Dinge geplant. Vorhanden sind sie nicht. Um sicherzugehen, habe ich mich heute danach bei mehreren mir langjährig bekannten Kollegen erkundigt. Keiner wusste davon. Einige fanden den Bericht lächerlich.“

Außerdem spricht Herr Giesen, der Sprecher von ESWE in der Presse davon, dass es ein Brandschutzkonzept für den Betriebshof gäbe.

Der Ausschuss möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten:

1. das in der Presse genannten Brandschutzkonzept von ESWE Verkehr zum Brandschutz bei Elektrobussen dem Ausschuss vorzulegen und zu erläutern.

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. welche Maßnahmen (z.B. Löschvorhang und Löschwasserbevorratung u.a.) zu welchem Zeitpunkt bereits umgesetzt waren bzw. welche Maßnahmen bisher nur in Planung sind.
2. wie die chronologischen Unstimmigkeiten in den Berichten von ESWE zu Stande kommen bzw. zu berichten, wann der Löschvorhang und der Löschwasservorrat tatsächlich betriebsbereit vorhanden waren.
3. wann und von wem das in der Presse genannte Brandschutzkonzept erstellt wurde.
4. warum man sich nicht bereits vor der Anschaffung und Inbetriebnahme von Elektrobussen mit Brandschutzmaßnahmen im Busport der ESWE beschäftigt hat bzw. warum entsprechende Brandschutzmaßnahmen nicht bereits beim Bau des Busports mit eingeplant und umgesetzt wurden.

11. 21-F-40-0004

Sprengung Salzbachtalbrücke als Silvesterfeuerwerk der Stadt Wiesbaden
- Antrag des Stadtverordneten Haker vom 27.10.2021 -

Das Ärgernis der Salzbachtalbrücke begleitet sowohl die Einwohnerinnen und Einwohner Wiesbadens, als auch die Pendlerinnen und Pendler nun schon seit fast 6 Monaten. Der Druck auf die Autobahn GmbH steigt, das ist verständlich.

Jedoch kann dem Ganzen noch ein positives Ende gesetzt werden. Wenn die Brücke, nicht in aller Eile an einem unbedeutenden Tag im Jahr 2021 gesprengt wird, sondern wir das Jahr 2022 ohne das Elend Salzbachtalbrücke (Andi-Scheuer-Gedenkbrücke) starten können.

Die ganze Stadt würde sich mit Champagnerkorken und lauter Musik von der Brücke verabschieden. Und um dem Ganzen einen besonderen Rahmen zu geben, sollte gleichzeitig jegliches anderes Böllern und Feuerwerk verboten werden, die Konzentration läge ganz auf der Sprengung und das Klima würde es uns auch danken.

Daher wolle der Ausschuss beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

1. Ob eine Sprengung der Salzbachtalbrücke am 01.01.2022 um 00:00Uhr möglich ist.
2. Ob ein Verbot von Silvesterböllern und Feuerwerk für die Stadt Wiesbaden unbürokratisch und kurzfristig umsetzbar ist.
3. Wie die Sprengung auf dem Rathausmarkt als Public-Viewing per Live-Schaltung gezeigt werden kann.

12. 21-J-42-0027

Nach dem Citybahn-Aus
- Antrag von Liah Kaiser vom 20.10.2021 -

ANLAGE: Beschluss Nr. 0110 des Jugendparlaments vom 26.10.2021

13. Verschiedenes

1. 21-J-42-0011

Geschwindigkeitsreduzierung „Am Wellinger“
- Antrag von Nico Steinhauer vom 18.05.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 25.10.2021

2. 20-F-01-0012

Umgang mit den Absperrmaßnahmen auf dem 1. Ring
- Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2020 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 16.07.2021

3. 20-F-02-0020

Sperrungen für Abbieger am 1. Ring bzw. 2. Ring aufheben
- Antrag der CDU-Fraktion vom 28.10.2020 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 16.07.2021

4. 20-F-05-0063

DL 14/21-1

Bürgerentscheid umsetzen - Citybahn GmbH abwickeln - Neustart für die Verkehrspolitik
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 31.08.2021

5. 21-F-16-0002

Umrüstung der Wiesbadener Busflotte auf Elektromobilität
- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 21.06.2021 -
Wiesbaden rüstet seit einiger Zeit seine Busflotte auf Elektromobilität um.

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 14.09.2021

6. 21-V-05-0019

DL 40/21-5

Ergänzung der Sondernutzungssatzung um die Nutzungsmöglichkeit Carsharing an Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen

7. 21-V-05-0021

DL 41/21-4

Verlängerung Notprogramm Salzachtalbrücke zur Aufrechterhaltung des Wiesbadener Verkehrssystems

8. **20-V-05-0026** **DL 40/21-1, 33/20-4 , 30/20-3**
Systemstart des E-Cargobike-Sharings (Luftreinhalteplan)
9. **21-V-05-0029** **DL 42/21-2**
Finanzierung Umbau Bahnhof Mainz-Kastel und weitere Entwicklungen
10. **21-V-66-0203** **DL 40/21-15**
Landwehrstraße - Grundinstandsetzung und benutzerfreundlicher Ausbau Bushaltestelle „Rathausplatz“
11. **21-V-66-0206** **DL 30/21-11**
Albrecht-Dürer-Straße - Einrichtung eines Fahrbahnteilers
12. **21-V-66-0209** **DL 40/21-16**
Lahnstraße - Einrichtung eines Fußgängerüberweges
13. **21-V-66-0210** **DL 40/21-17**
Blücherstraße/Gneisenaustraße - Einbindung in die Tempo-30-Zone
14. **21-V-66-0220** **DL 40/21-18**
Bierstadt Nord - Erweiterung Tempo-30-Zone
15. **Parkhaus Klarenthaler Straße - Stand der Ausschreibung**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Vorsitzender